



Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten

Dow kündigt Schließung von Chemieanlagen in Mitteldeutschland an

Sachsen-Anhalt reagiert frühzeitig / Minister Sven Schulze: „Wir kämpfen um jeden Arbeitsplatz“

Magdeburg. Der US-Chemiekonzern Dow kündigt an, zwei Chemieanlagen in Mitteldeutschland – in Schkopau (Sachsen-Anhalt) und Böhlen (Sachsen) – bis Ende 2027 zu schließen. **Sachsen-Anhalts Wirtschaftsminister Sven Schulze** erklärt hierzu, dass das Land bereits seit Monaten gemeinsam mit dem Unternehmen und auf Bundesebene aktiv sei, um Lösungen zu finden. Ziel sei es, die Standorte zu stärken, Arbeitsplätze zu sichern und die chemische Industrie zu entlasten.

Frühzeitiges Handeln des Landes Sachsen-Anhalt

Minister Sven Schulze: „Die Entwicklung bei Dow hat sich bereits seit längerer Zeit angedeutet. Etwa ein Drittel der rund 550 betroffenen Dow-Beschäftigten arbeitet am Standort Schkopau. Deshalb haben wir als Land Sachsen-Anhalt frühzeitig reagiert. Nachdem wir vor einigen Monaten von Dow über die Situation informiert worden sind, haben wir gemeinsam mit dem Unternehmen eine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen. Ziel dieser Zusammenarbeit ist es, größere Teile der Chemiestandorte zu sichern und damit Arbeitsplätze in der Region zu erhalten. Daran arbeiten wir weiter.“

Chemiebranche unter Druck

Grundsätzlich steht die Chemieindustrie in Deutschland und Europa vor großen Herausforderungen. Hohe Energiepreise und der zunehmende internationale Wettbewerbsdruck setzen die Branche massiv unter Druck. Das wirkt sich auch auf Standorte in Sachsen-Anhalt aus.

Wir nehmen die Situation sehr ernst. Aus diesem Grund setzen wir uns als Land Sachsen-Anhalt bereits aktiv dafür ein, dass die chemische Industrie die Unterstützung bekommt, die sie dringend braucht.

Bundesratsinitiative für die Industrie

Deshalb habe ich am 13. Dezember 2024 den Chemie- und Pharmadialog ins Leben gerufen. Auf dieser Grundlage hat Sachsen-Anhalt eine Bundesratsinitiative gestartet mit dem Titel Zeitnah effektive Unterstützung für den Erhalt und die Transformation der energieintensiven Industrie erforderlich. Der Bundesrat hat diese am 21. März beschlossen.

In der Initiative fordern wir unter anderem gezielte Maßnahmen, um Branchen wie die Chemieindustrie von den hohen Energiekosten zu entlasten. Uns ist klar: Viele Arbeitsplätze hängen an der Chemie. Wir arbeiten mit allen uns zur Verfügung stehenden Möglichkeiten daran, dass diese erhalten bleiben.“